

TRANSFORMATION GESTALTEN: BILDUNG, DIGITALISIERUNG UND NACHHALTIGKEIT

Jahresgutachten 2021/22

Prof. Dr. Achim Truger
Universität Duisburg-Essen
Mitglied des Sachverständigenrats

Präsentation des JG 2021/22
an der Universität Duisburg-Essen,
Duisburg, 26.11.2021



Klimaschutzplan der Bundesregierung
Klimaschutzplan der Europäischen Union
21/22

JAHRESGUTACHTEN 2021/2022

- ↘ Konjunktur: Angebotsseitige Engpässe dämpfen Wachstum
- ↘ Corona-Krise, Einkommensverteilung und Bildungschancen
- ↘ (Produktivität: Corona-Krise und Strukturwandel)
- ↘ (Globaler Klimaschutz: Rahmenbedingungen und Handlungsoptionen)
- ↘ Fiskal- und Geldpolitik nach der Corona-Krise normalisieren (neu: Dissens 2:2, 2 Positionen zur Diskussion gestellt)
- ↘ **Rückblick: Strukturwandel des SVR?**

Transformation gestalten: Handlungsoptionen

Übersicht der im Jahresgutachten 2021/22 diskutierten Maßnahmen

Zur Transformation befähigen

Bildung

1. Reduktion der Lern- und Entwicklungsrückstände ↘ ZIFFERN 343 FF.
2. Digitalisierung im Schulsystem ↘ ZIFFERN 365 FF.
3. Ausbau frühkindlicher Bildung und Betreuung ↘ ZIFFERN 360 FF.

Aus- und Weiterbildung, Fachkräfte

4. Verankerung der Weiterbildung als festen Teil des Bildungssystems ↘ ZIFFERN 311 FF.
5. Stärkung der Anreize zur Weiterbildung für Geringqualifizierte ↘ ZIFFERN 306 FF.
6. Erleichterung des Übergangs zur betrieblichen Berufsausbildung ↘ ZIFFER 299
7. Unterstützung der beruflichen und regionalen Mobilität ↘ ZIFFERN 432 FF.
8. Stärkung der Arbeitsanreize für Zweitverdienende ↘ ZIFFERN 317 FF.

Gründungen und Marktaustritte

9. Verbesserung der Verfügbarkeit von Wagniskapital ↘ ZIFFER 427
10. Anpassung des Insolvenzverfahrens für kleinere Unternehmen ↘ ZIFFER 420
11. Stärkung der Absicherung der Selbständigen ↘ ZIFFERN 313 FF.

Geeignetes Umfeld für die Transformation schaffen

Makroökonomisches Umfeld

12. Stärkung der Tragfähigkeit und Krisenresilienz der Staatsfinanzen ↘ ZIFFER 100
13. Kommunikation einer Normalisierungsstrategie für die Geldpolitik ↘ ZIFFERN 181 FF.

Europäische Union

14. Vertiefung des europäischen Binnenmarkts ↘ ZIFFERN 187 UND 496
15. Sicherstellung der technologischen Souveränität ↘ ZIFFER 496
16. Strukturreformen durch die EU-Aufbau- und Resilienzpläne ↘ ZIFFER 190
17. Stärkung eines sektor- und regionenübergreifenden CO₂-Preises ↘ ZIFFER 614

Transparenz

18. Verstärkung der Evaluierung im Bildungssystem ↘ ZIFFERN 376 FF.
19. Erhöhung der Transparenz öffentlicher Ausgaben ↘ ZIFFERN 205 FF.
20. Evaluierung der pandemiebedingten Maßnahmen ↘ KASTEN 25

Chancen der Transformation nutzen

Innovationen

21. Aufbau bilateraler Technologiepartnerschaften ↘ ZIFFERN 583 FF.
22. Verbesserung der Bedingungen für das Teilen und Nutzen von Daten ↘ ZIFFER 474
23. Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung ↘ ZIFFER 203

Investitionen

24. Verlässliche Rahmenbedingungen für private Investitionen ↘ ZIFFERN 195 FF. UND 560
25. Öffentlicher Infrastrukturausbau für die digitale und klimaneutrale Wirtschaft ↘ ZIFFERN 198 F.
26. Priorisierung der zukunftsorientierten öffentlichen Ausgaben ↘ ZIFFERN 218 UND 234
27. Abbau vielfältiger nicht-monetärer Hemmnisse ↘ ZIFFERN 200 FF.

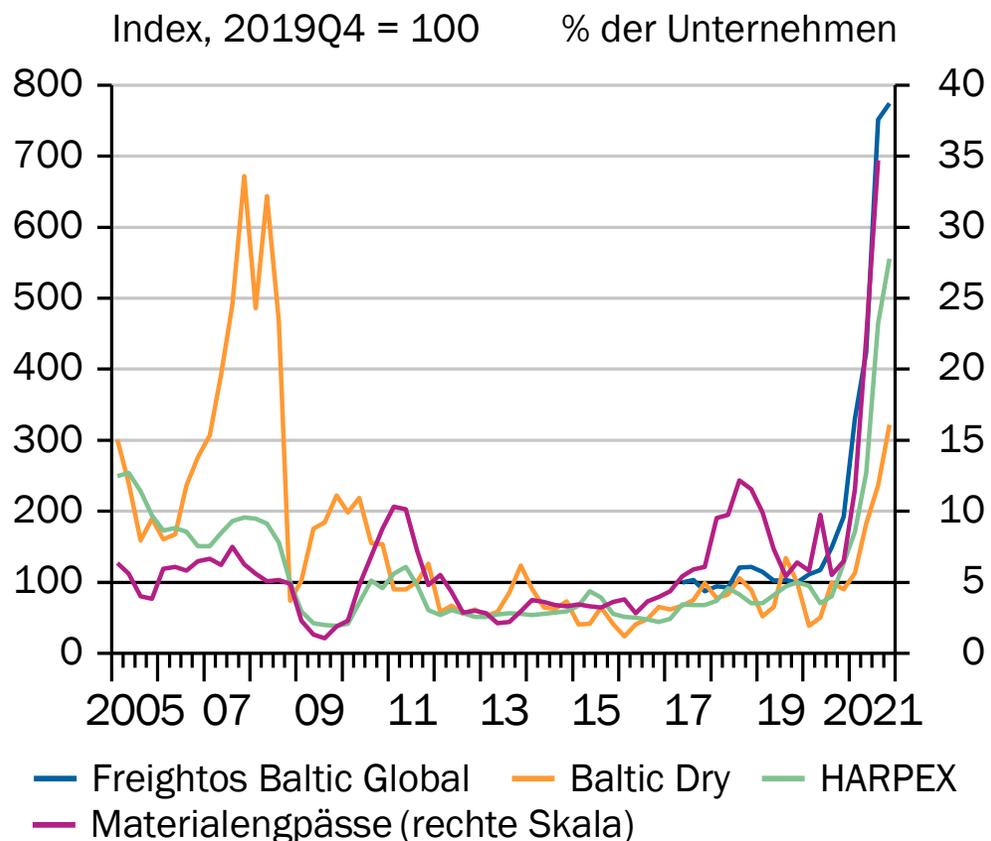
Internationale Kooperation

28. Stärkung der internationalen Klimakooperationen ↘ ZIFFERN 554 FF.
29. Etablierung von CO₂-Mess- und Schätzstandards ↘ ZIFFER 577
30. Erhöhung des Wettbewerbs auf Plattformmärkten ↘ ZIFFER 480

**KONJUNKTUR:
ANGEBOTSSEITIGE
ENGPÄSSE DÄMPFEN
WACHSTUM**

VIELFÄLTIGE ANGEBOTSSEITIGE ENGPÄSSE

Frachtkosten und Materialengpässe steigen an



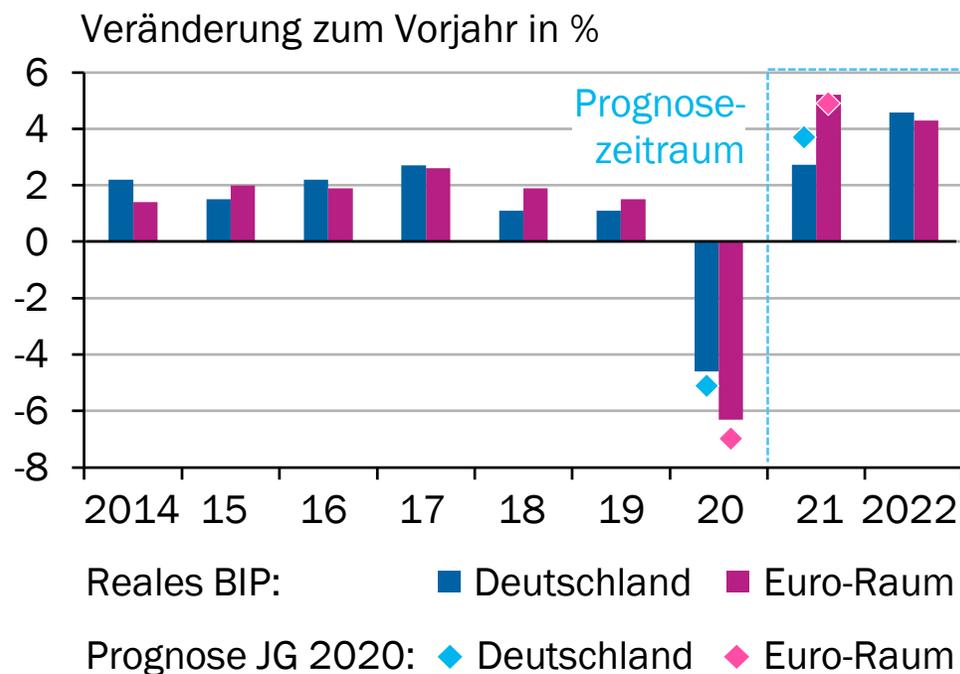
Quellen: Baltic Exchange, Europäische Kommission, Freightos,
 Harper Petersen & Co

© Sachverständigenrat | 21-553

- ↘ Weltkonjunktur erholt sich weiter kräftig
- ↘ Angebotsseitige Engpässe stören jedoch die globalen Wertschöpfungsketten
- ↘ Hinzu kommen weiterhin bestehende pandemiebedingte Einschränkungen
- ↘ Industrieproduktion verschiebt sich zum Teil ins nächste Jahr

PROGNOSE DER BIP-ENTWICKLUNG

BIP in Deutschland und im Euro-Raum



Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen
 © Sachverständigenrat | 21-527

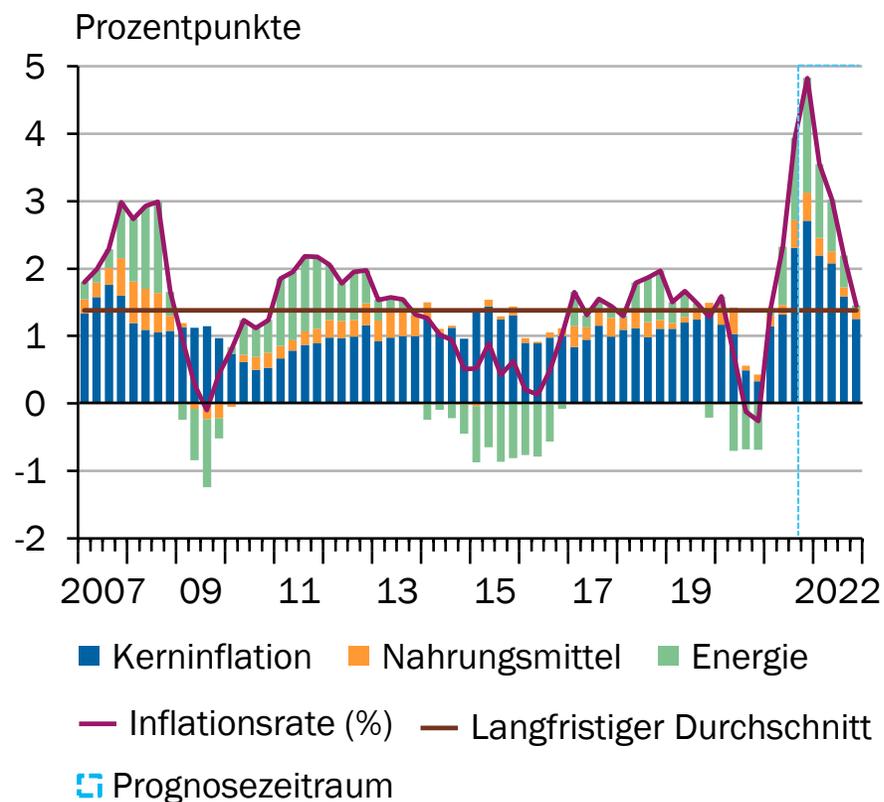
- Weitere Erholung der Wirtschaft im Sommer getragen vom Dienstleistungsbereich

Prognose BIP-Wachstum:

- Deutschland: 2,7 % in 2021 und 4,6 % in 2022
- Euro-Raum: 5,2 % in 2021 und 4,3 % in 2022
- Risiken: Erneute umfassende Einschränkungen und/oder länger anhaltende Engpässe
- Chancen: Schnellere Überwindung der Engpässe zusammen mit aufgestauter Nachfrage könnte zu einem dynamischeren Aufschwung führen

ENTWICKLUNG DER INFLATION

Veränderung des Verbraucherpreisindex zum Vorjahresquartal



Quellen: Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 21-055

Deutlicher Anstieg der Inflation:

- ↘ Erholung und Engpässe führen zu Anstieg der Rohstoff- und Energiepreise
- ↘ Inflation ohnehin durch Basis- und Sondereffekte erhöht

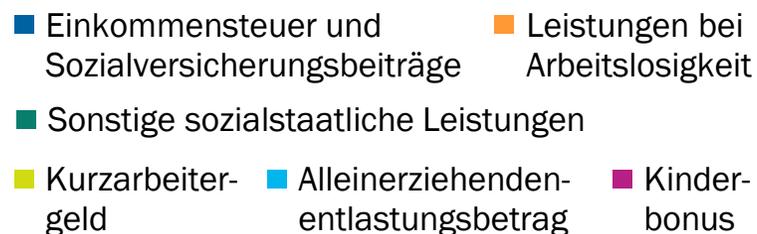
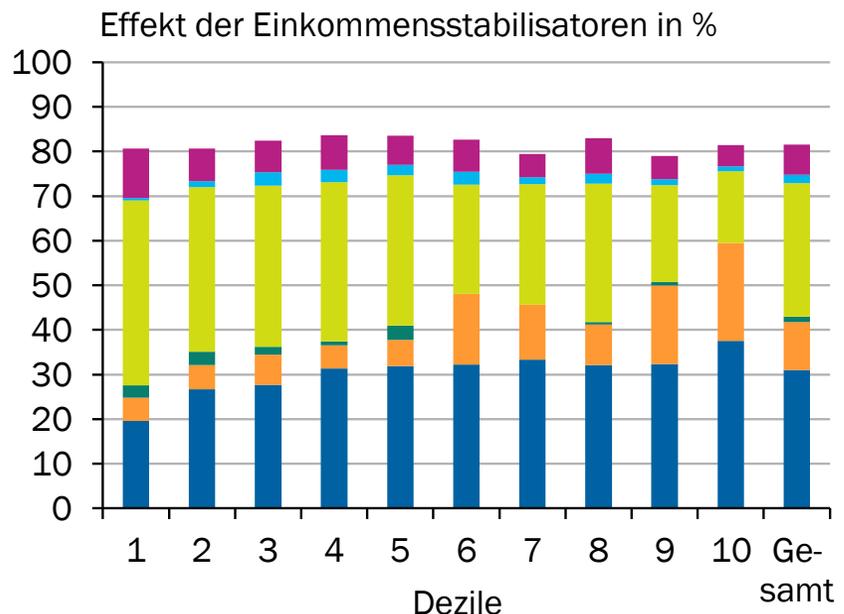
Prognose Inflation:

- ↘ Deutschland (VPI):
3,1 % für 2021 und 2,6 % für 2022
- ↘ Euro-Raum (HVPI):
2,4 % für 2021 und 2,1 % für 2022
- ↘ Risiko: Eigentlich temporäre Preistreiber könnten zu persistent höheren Inflationsraten führen

CORONA-KRISE, EINKOMMENSVERTEILUNG UND BILDUNGSCHANCEN

UNGLEICHHEIT UND EINKOMMENSEINBUSSEN

COVID-19-Szenario mit Kurzarbeit und diskretionären Maßnahmen



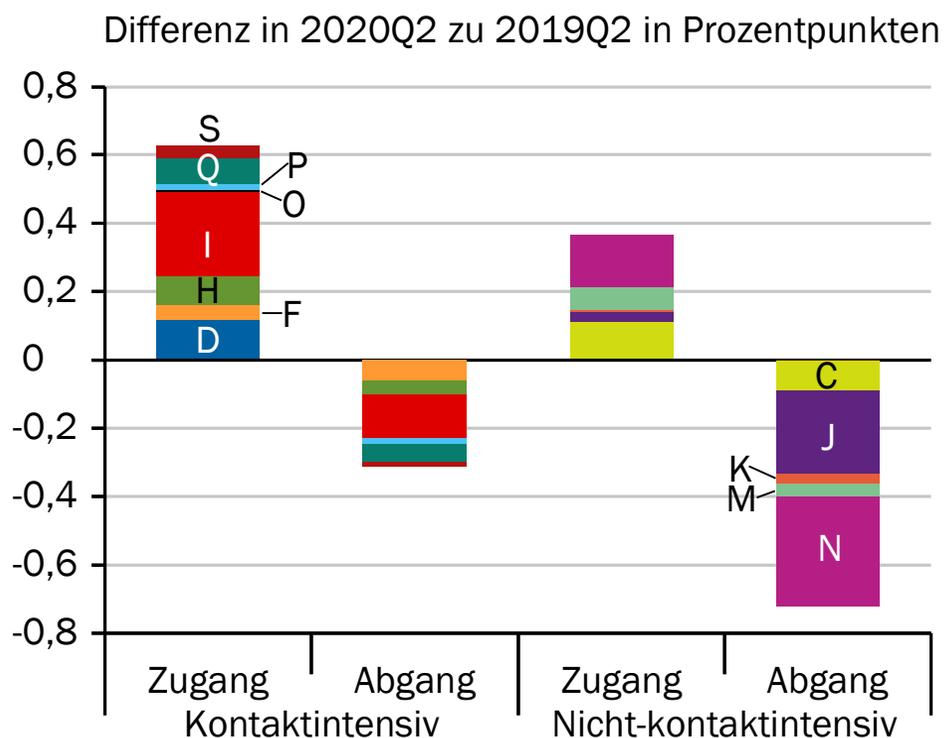
- ↘ **Markteinkommen** krisenbedingt deutlich gesunken
- ↘ **Ungleichheit** der verfügbaren Einkommen aufgrund sozialstaatlicher Maßnahmen wohl nicht angestiegen
- ↘ **Geringfügig Beschäftigte, Geringqualifizierte** und **Selbständige** besonders von Einkommenseinbußen und Arbeitslosigkeit betroffen

Quelle: Christl et al. (2021) unter Verwendung von EUROMOD I3.0+

© Sachverständigenrat | 21-519

HETEROGENE EFFEKTE DER CORONA-KRISE AUF ERWERBSTÄTIGE – STRUKTUR DER ARBEITSLOSIGKEIT (2/2)

Veränderung der Zugänge in und Abgänge aus Arbeitslosigkeit im zweiten Quartal 2020 zum Vorjahresquartal nach Wirtschaftsbereichen



Quellen: BA, Leibovici et al. (2020a, 2020b), eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 21-415

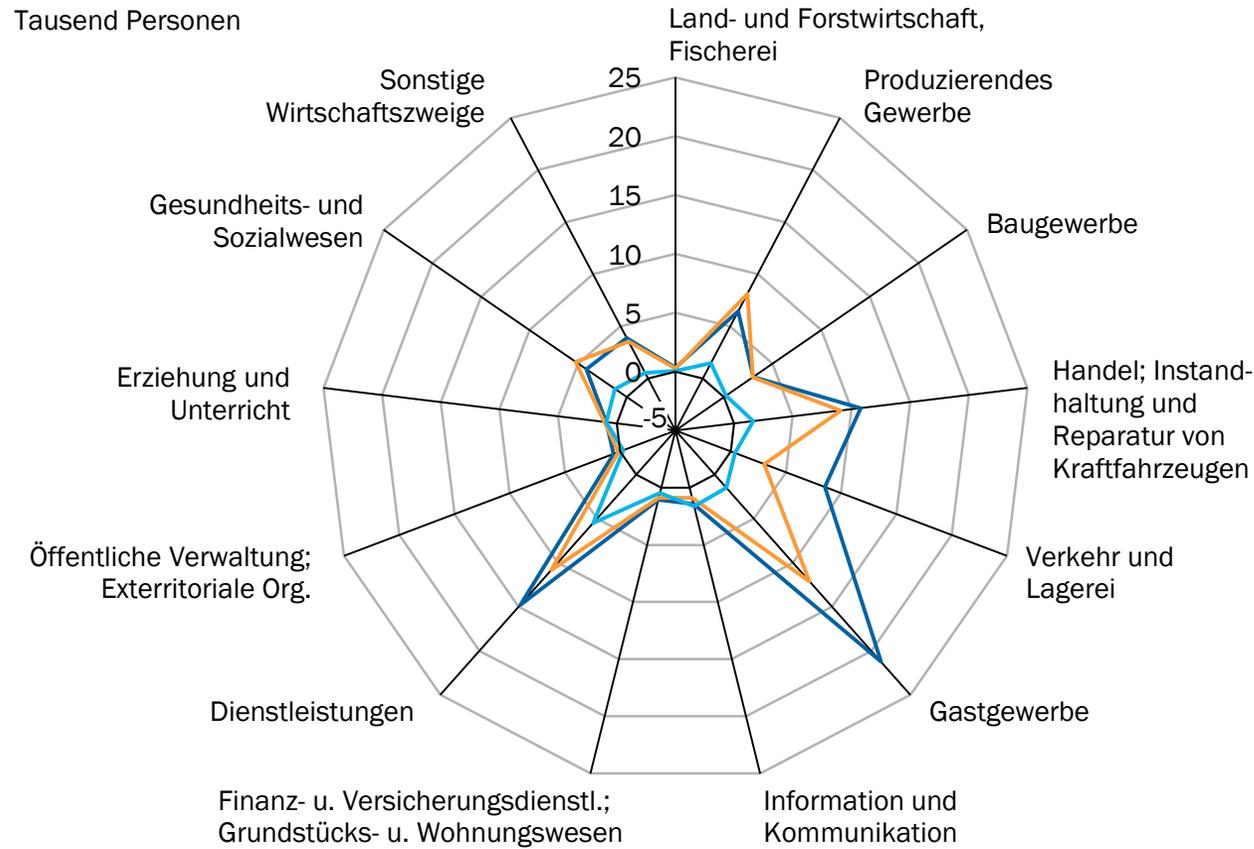
- Analyse der Zugänge in Arbeitslosigkeit nach kontakt- und nicht-kontaktintensiven Wirtschaftsbereichen zeigt krisenbedingte Betroffenheit spezifischer Wirtschaftsbereiche auf
- Veränderung der Zugangsquoten in Arbeitslosigkeit waren in **kontaktintensiven Wirtschaftsbereichen** wie dem Gastgewerbe deutlich größer als in nicht-kontaktintensiven Wirtschaftsbereichen

ZUGÄNGE IN ARBEITSLOSIGKEIT NACH BILDUNGSABSCHLUSS

Veränderung in den Zugängen in Arbeitslosigkeit in Deutschland nach Bildungsabschluss und Wirtschaftsbereichen

Krisenbedingte Zugänge insbesondere im Gastgewerbe und Dienstleistungen

Tausend Personen



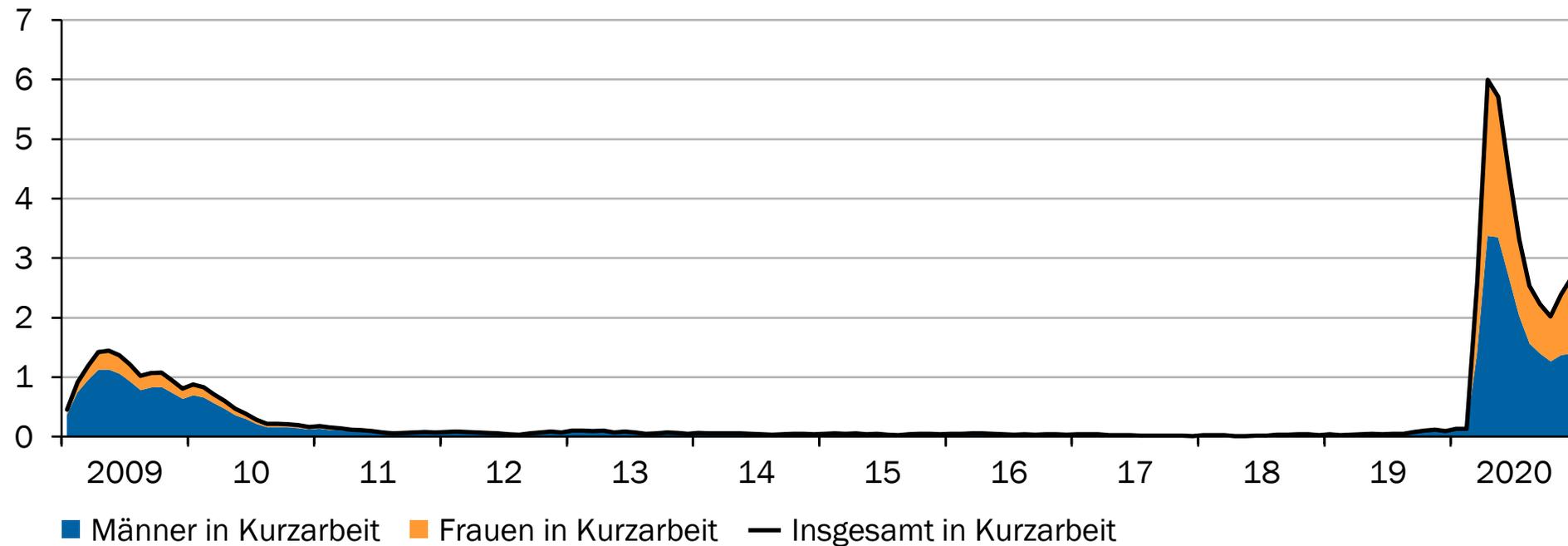
— Ohne abgeschlossene Berufsausbildung — Betriebliche/schulische Ausbildung
— Akademische Ausbildung

Quellen: BA, eigene Berechnungen
© Sachverständigenrat | 21-425

REALISIERTE KURZARBEIT NACH GESCHLECHT

Anzahl der Personen in konjunktureller Kurzarbeit

Millionen Personen

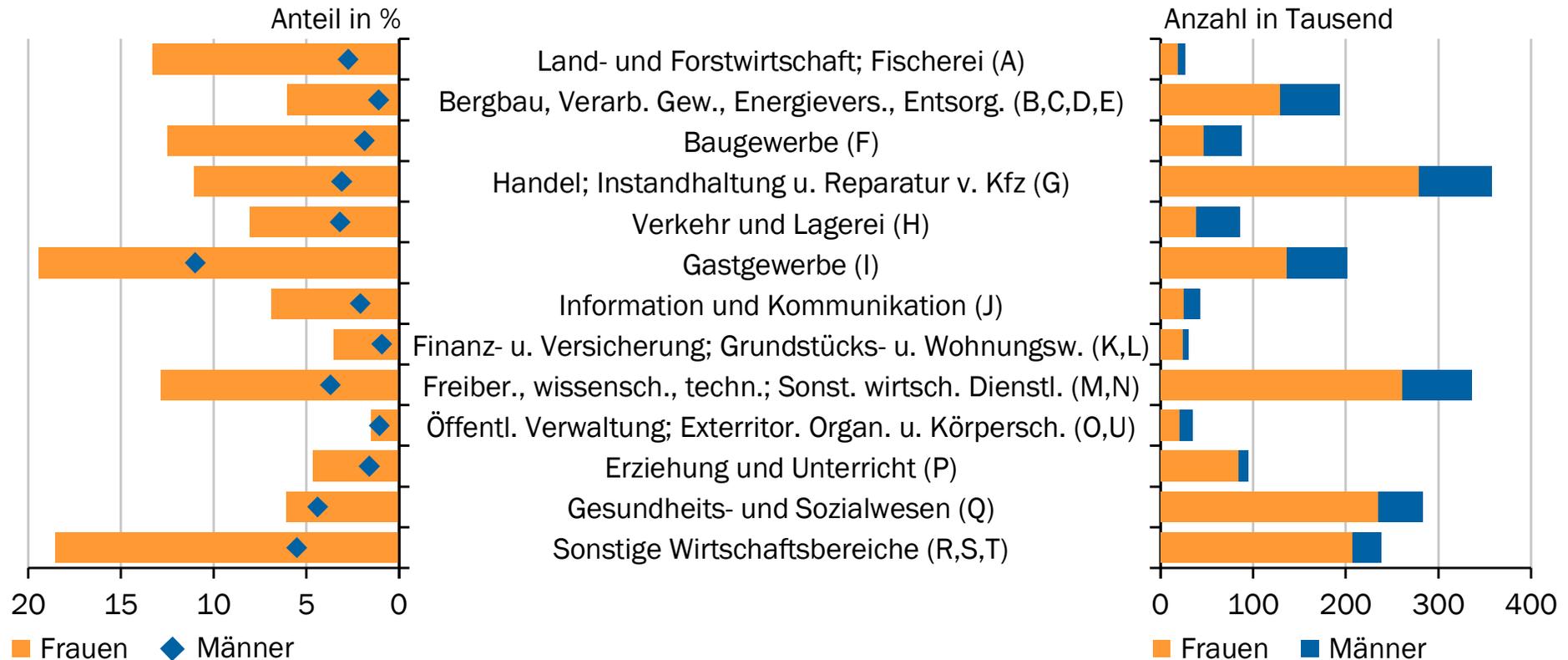


Quellen: BA, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 21-523

GERINGFÜGIGE BESCHÄFTIGUNG

Geringfügige Beschäftigung nach Geschlecht und Wirtschaftsbereichen Mehrheit der geringfügig Beschäftigten im Jahr 2019 sind Frauen



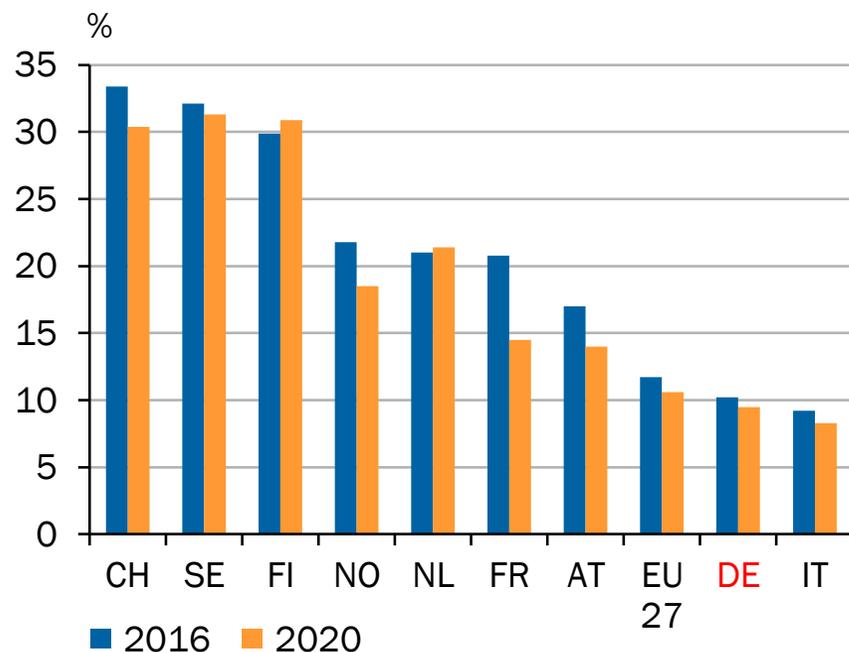
Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen
© Sachverständigenrat | 21-294

MASSNAHMEN FÜR DEN ARBEITSMARKT

WEITERBILDUNG STÄRKEN

Teilnahmequoten von Erwachsenen und insbesondere Geringqualifizierten an Weiterbildung bleiben gering

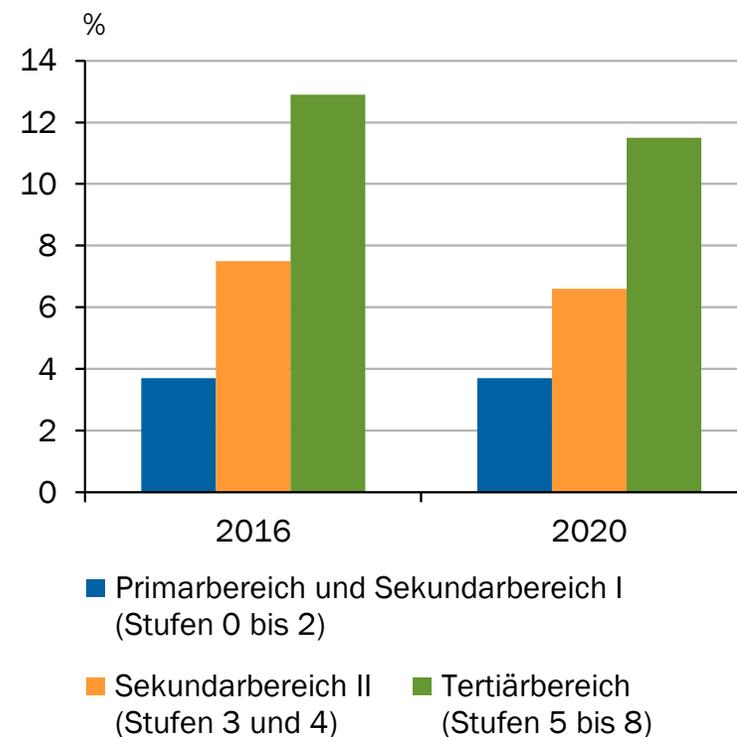
Teilnahme an Weiterbildung in Deutschland relativ niedrig, insbesondere für Geringqualifizierte



Quelle: Eurostat

© Sachverständigenrat | 21-376

Teilnahmequoten in Deutschland nach Bildungsabschluss



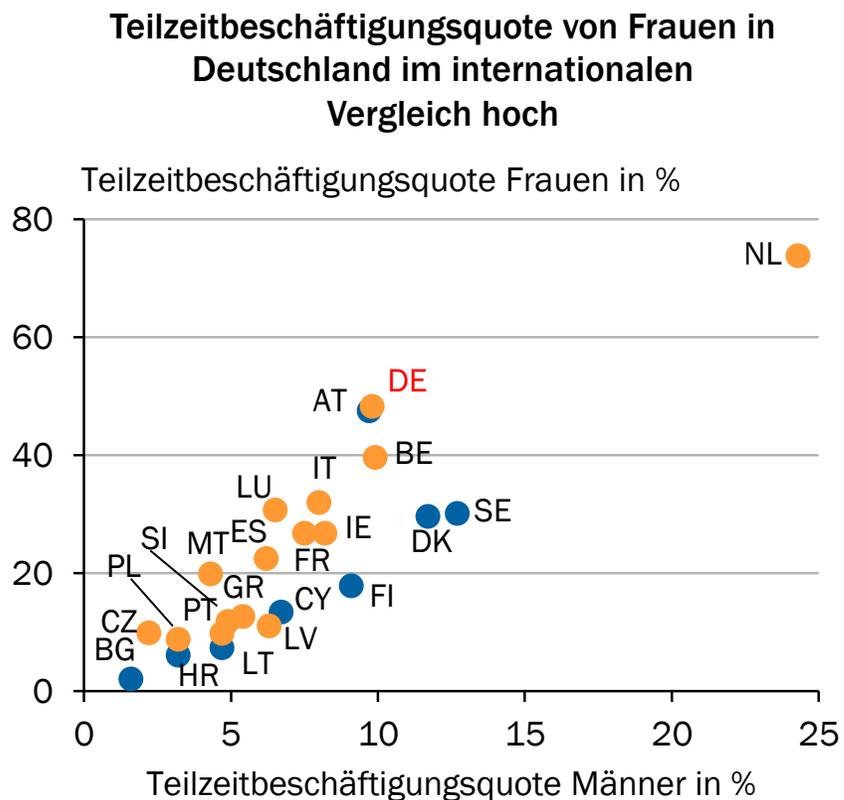
Quellen: Eurostat, Kultusministerkonferenz

© Sachverständigenrat | 21-376

MASSNAHMEN, UM WEITERBILDUNG ZU STÄRKEN

- Einführung bundesweiter **Mindeststandards für die Qualität** von Anbietern entlang verschiedener Dimensionen, etwa Organisations- und Managementpraktiken, Lehrpersonal und Weiterbildungsprogramme → wichtiger Anreiz für Anbieter, um die Qualität ihres Angebots zertifizieren zu lassen (OECD, 2021b)
- Entwicklung eines bundesweiten **Rechtsrahmens** zur Validierung von nicht-formalem Lernen (OECD, 2021b)
- Transparente, flächendeckende und unabhängige **Beratungsstruktur** erforderlich, ebenso wie Beratungsangebote über verschiedene Kanäle
- **Finanzierungsmodelle**: Arbeitsversicherung, branchenspezifischer Weiterbildungsfonds
- Weiterbildung als **eigenständiger Teil des Bildungssystems**, etwa durch die Entwicklung eines deutschen Weiterbildungsgesetzes (Pothmer et al., 2019; OECD, 2021b)

ERWERBSANREIZE VON ZWEITVERDIENENDEN STÄRKEN



© Sachverständigenrat | 21-298

Vielfältige Gründe für geringe Erwerbstätigkeit von Zweitverdienenden:

- Anreizstrukturen des Steuer- und Transfersystems
- Unzureichende Quantität und Qualität von Kinderbetreuung
- Beitragsfreie Mitversicherung von Ehepartnerinnen und -partnern in GKV
- Elternzeit- und Minijob-Regelungen

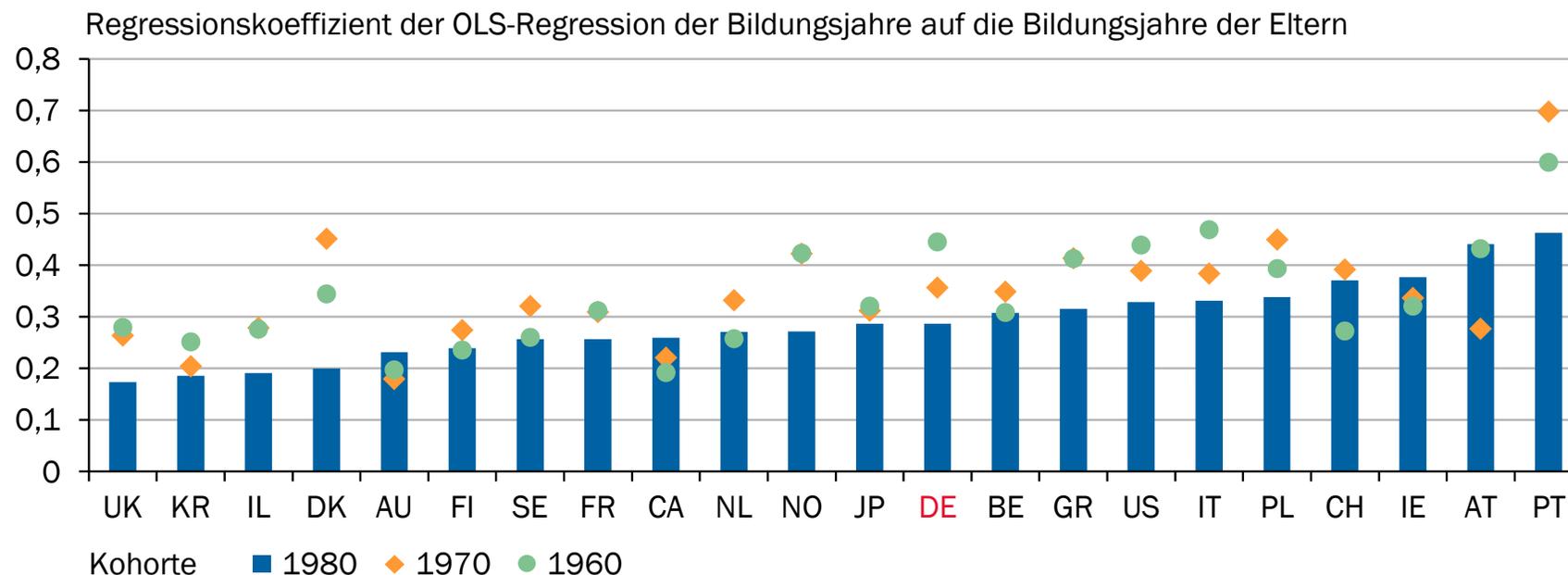
Reformoptionen für das Ehegattensplitting:

- Reine Individualbesteuerung verfassungsrechtlich nicht zulässig, steuerliche Freistellung des Existenzminimums aller Familienmitglieder notwendig
- Bei verschiedenen Reformoptionen nur leicht positive Effekte auf Arbeitsangebot zu erwarten
- Bei IWF (2019)-Vorschlag einer Reformierung des Ehegattensplittings stärkere Effekte zu erwarten: Abzüge von der Steuerlast statt von Steuerbemessungsgrundlage
- Kurzfristig möglich: Abschaffung Steuerklassen III/V

BILDUNGSCHANCEN VON KINDERN UND JUGENDLICHEN IN UND NACH DER PANDEMIE

CHANCENUNGLEICHHEIT: BILDUNG HÄNGT VON DER SOZIALEN HERKUNFT AB (1/2)

Relativ starker Zusammenhang der Bildungsjahre von Eltern und Kindern in Deutschland



Quelle: GDIM (2018) - Global Database on Intergenerational Mobility

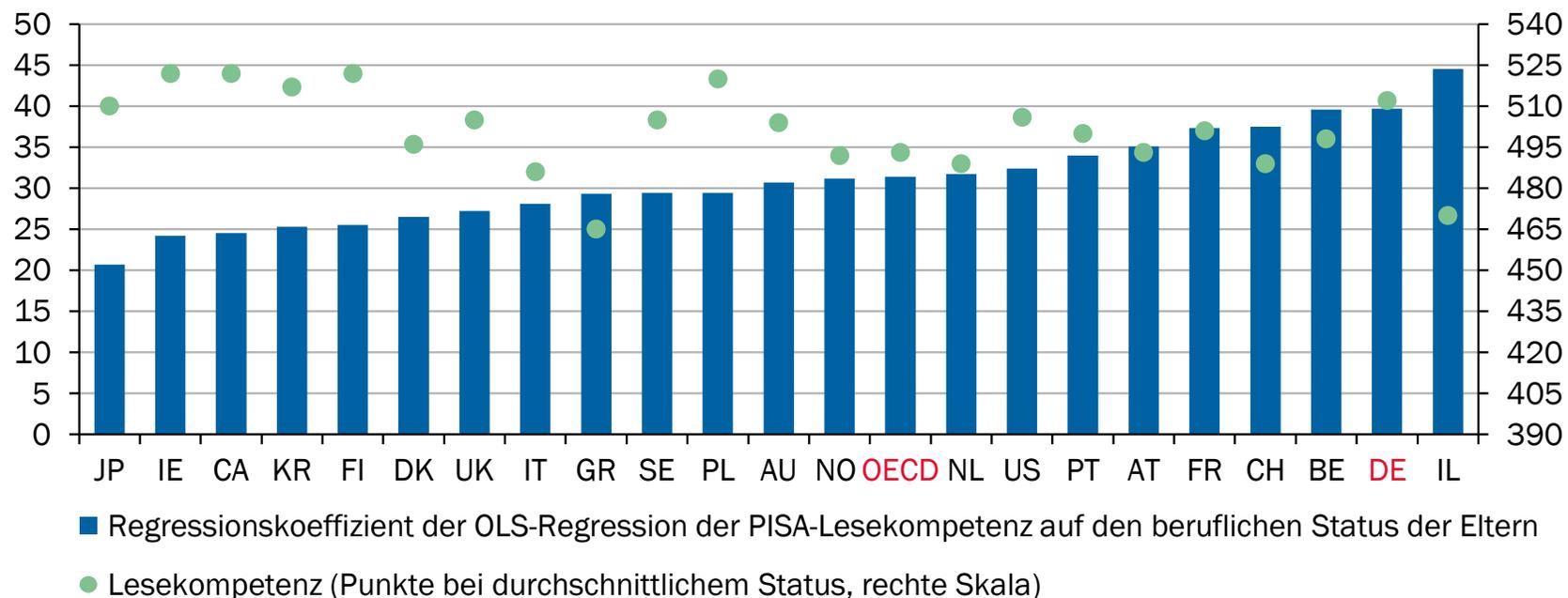
© Sachverständigenrat | 21-394

- ↳ Bildung von Fähigkeiten ist dynamischer Prozess, **frühe Lebensjahre** spielen große Rolle
- ↳ **Familiäres Umfeld** insb. für frühe Entwicklung bedeutend; dieses Umfeld hängt stark von sozioökonomischem Status der Eltern ab
- ↳ Abhängigkeit Bildung von **sozialer Herkunft** in DE hoch

CHANCENUNGLEICHHEIT: BILDUNG HÄNGT VON DER SOZIALEN HERKUNFT AB (2/2)

Zusammenhang PISA-Lesekompetenz und soziale Herkunft

Lesekompetenz hängt in Deutschland besonders stark vom beruflichen Status (ISEI) der Eltern ab



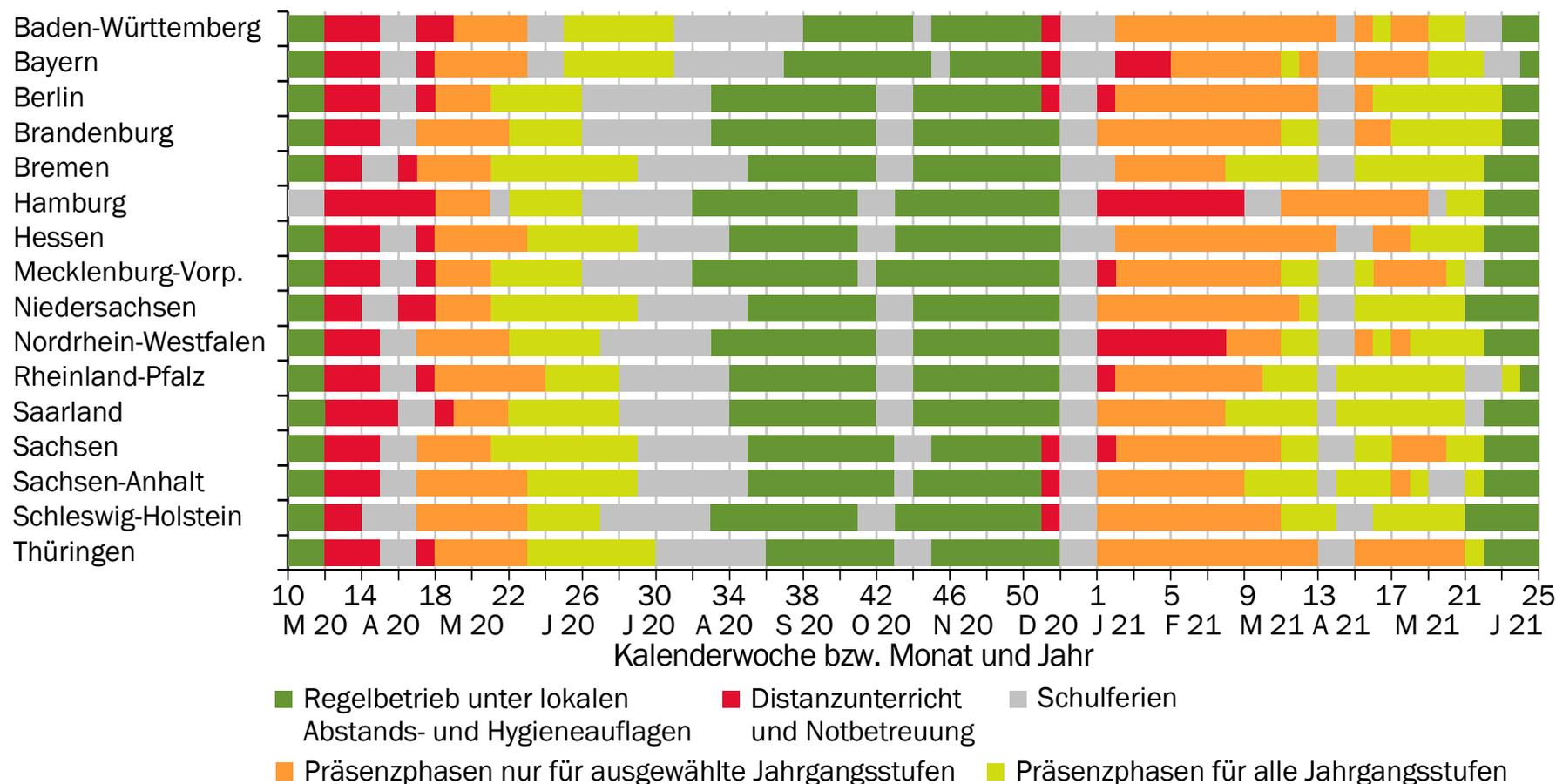
↳ ... insbesondere in den PISA-Daten

Quellen: eigene Darstellung, Reiss et al. (2019)

© Sachverständigenrat | 21-394

PANDEMIEBEDINGTE EINSCHRÄNKUNGEN IM BILDUNGSBEREICH

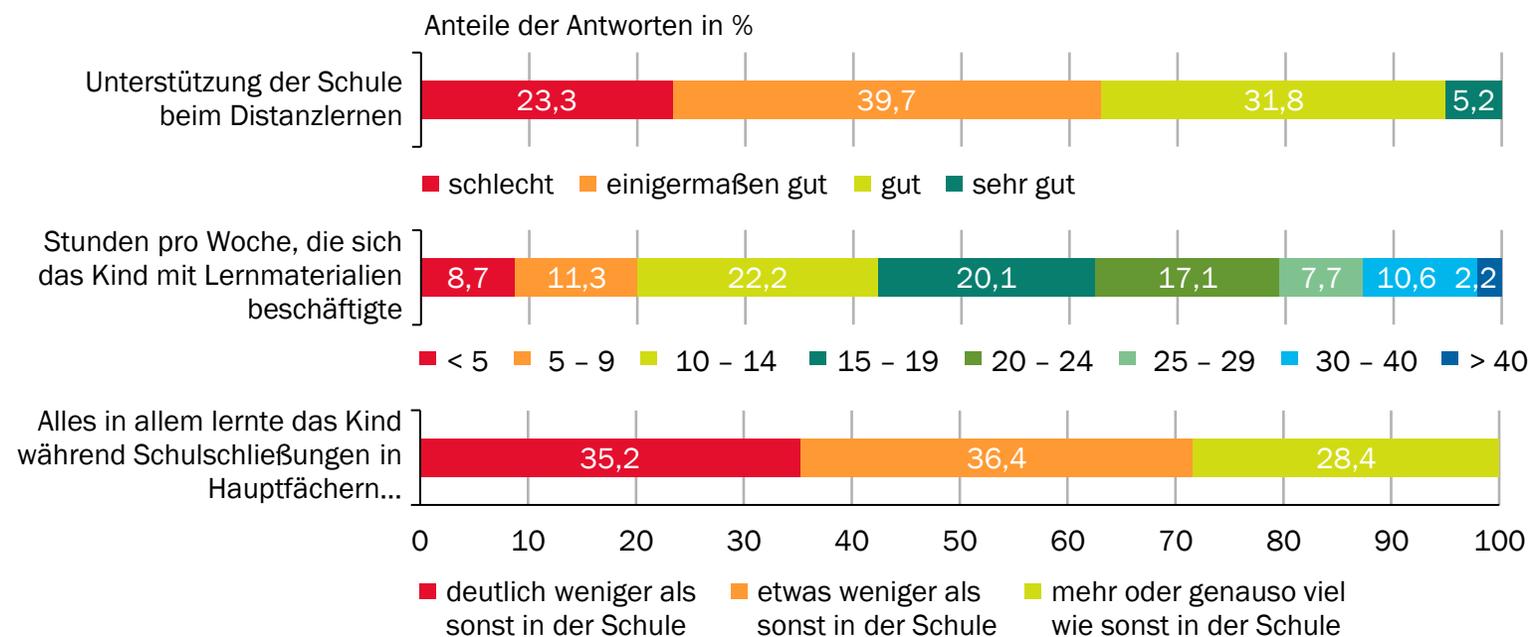
Einschränkungen des Präsenzunterrichts aufgrund von COVID-19 in Deutschland



↘ Phasen mit Distanzunterricht: 31 bis 39 Wochen je nach Bundesland

DISTANZLERNEN UND BILDUNGSRÜCKSTÄNDE

Lernen während der Schulschließungen



- ↘ Distanzunterricht ist unvollständiges Substitut für Präsenzunterricht, insb. für jüngere Kinder
- ↘ Schüler*innen haben während Schulschließungen 2020 Lernzeit durchschnittlich um knapp die Hälfte reduziert
- ↘ Lernrückstände dürften erheblich sein
- ↘ Langfristig drohen negative Folgen für Einkommen und gesamtwirtschaftliche Produktivität

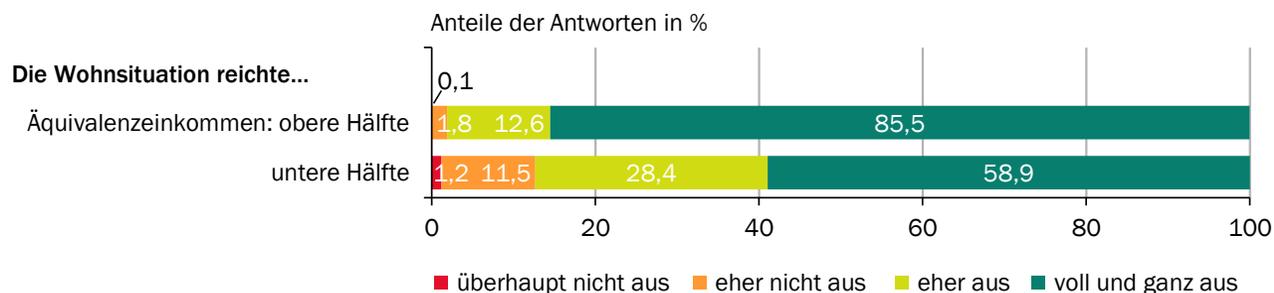
Quellen: Nationales Bildungspanel (NEPS) Startkohorte 2, Welle 9 und Corona Sondererhebung Frühjahr 2020 (Blossfeld et al., 2011), eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 21-243

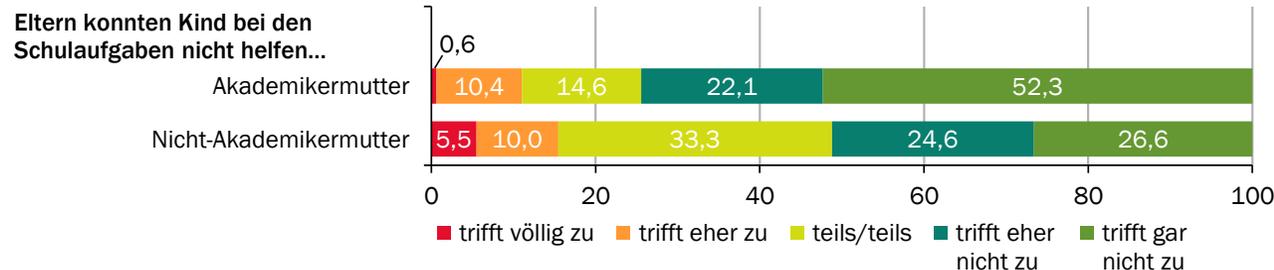
BILDUNGSUNGLEICHHEITEN VERSTÄRKEN SICH

Voraussetzungen für häusliches Lernen nach Einkommen und Bildung der Eltern

Häusliche Voraussetzungen nach Einkommenssituation der Eltern



Elterliche Unterstützung nach Bildungshintergrund der Mutter



Quellen: Nationales Bildungspanel (NEPS) Startkohorte 2, Welle 9 und Corona Sondererhebung Frühjahr 2020 (Blossfeld et al., 2011), eigene Berechnungen

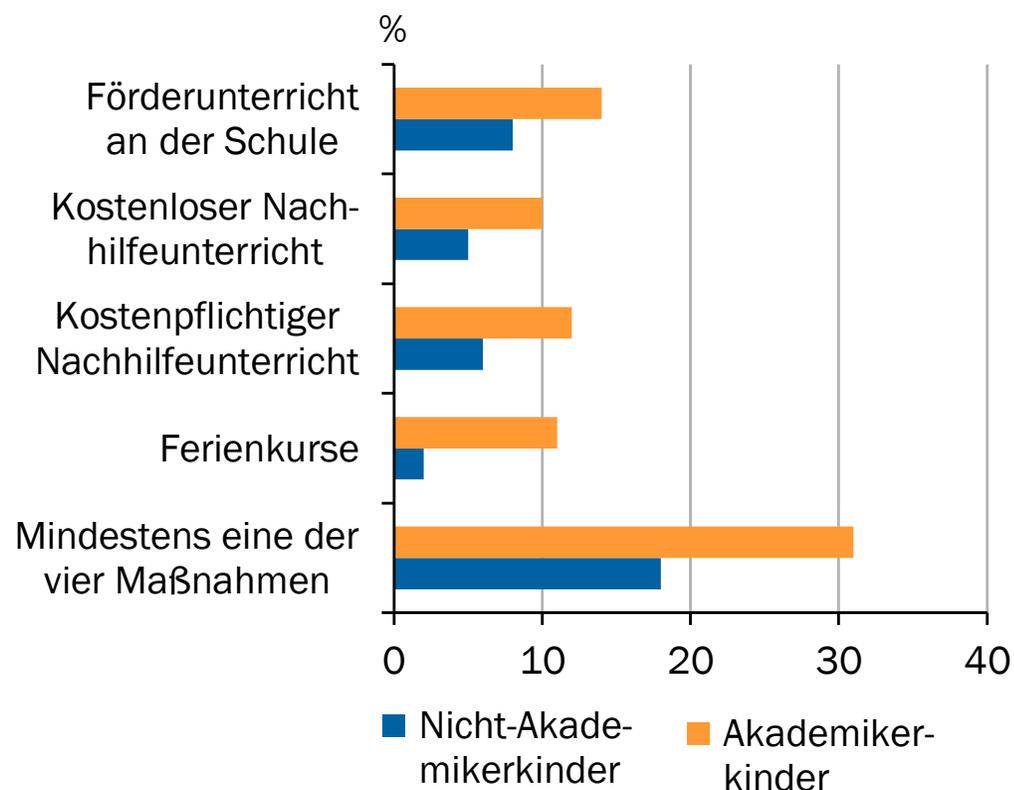
© Sachverständigenrat | 21-244

- ↘ Auswirkungen der Einschränkungen für Kinder aus Familien mit niedrigem sozioökonomischen Status und Familien mit Migrations- oder Fluchthintergrund größer
- ↘ Leistungsunterschiede und Bildungsungleichheiten nach sozialer Herkunft drohen zuzunehmen
- ↘ Verschlechterung der physischen und mentalen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen

HANDLUNGSBEDARFE BEI SCHULISCHER UND FRÜHKINDLICHER BILDUNG

LERN- UND ENTWICKLUNGSRÜCKSTÄNDE AUFHOLEN

Teilnahme an Lern-Unterstützungsmaßnahmen
 Februar 2020 bis Februar/März 2021



Quellen: ifo Elternbefragung 2021, Wößmann et al. (2021)

© Sachverständigenrat | 21-390

- ↘ **Umfangreiche Aufholmaßnahmen** erforderlich mit substanziellen Personal- und Sachaufwendungen, z.B.
 - Einzel- und Kleingruppenförderung
 - Außerschulisches Mentoring
 - Einsatz adaptiver Lernsoftware

- ↘ Aufholmaßnahmen **gezielter** auf Leistungsschwache und Bildungsbenachteiligte ausrichten

CHANCENGLEICHHEIT ERHÖHEN

- Aufholmaßnahmen verstetigen wie Einzel- und Kleingruppenförderung, Mentoringprogramme,
- Struktur des Schulsystems reformieren: längeres gemeinsames Lernen
- Frühkindliche Betreuung und Bildung qualitativ und quantitativ ausbauen, Ganztagschulen
- Aus- und Weiterbildung des Lehrpersonal verbessern
- Personal für unterrichtsferne Aufgaben

AUSGABEN FÜR BILDUNGSINSTITUTIONEN IN DEUTSCHLAND IM INTERNATIONALEN VERGLEICH GERING

Gesamte Ausgaben für Bildungsinstitutionen pro Schulkind beziehungsweise studierender Person im Jahr 2018 als Anteil am BIP pro Kopf

Ausgaben in % des BIP:

↳ DE: 3,7%

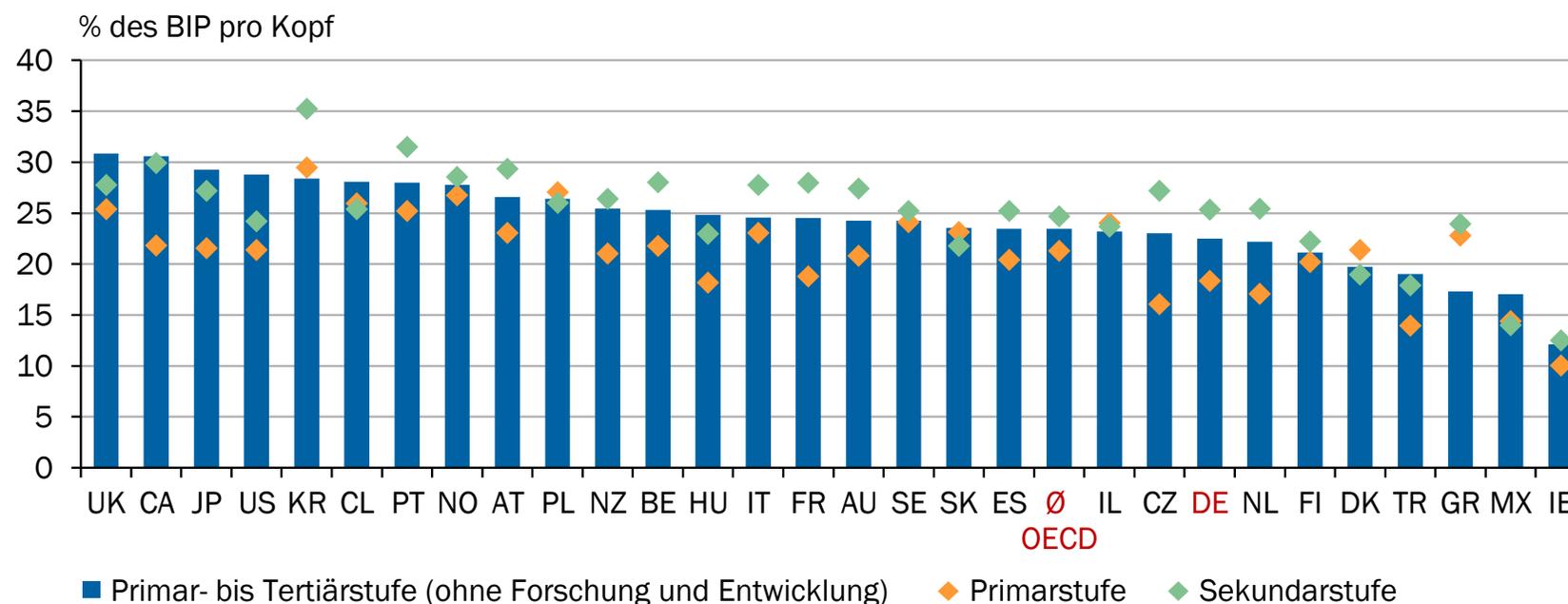
↳ Ø OECD: 4,5%

Ausgaben pro Schüler/in:

↳ DE: 10 619 Euro (22,5 % des BIP pro Kopf)

↳ Ø OECD: 9 018 Euro (23,4 % des BIP pro Kopf)

Geringe Ausgaben von DE im Primarbereich



Quelle: OECD (2021)

© Sachverständigenrat | 21-551

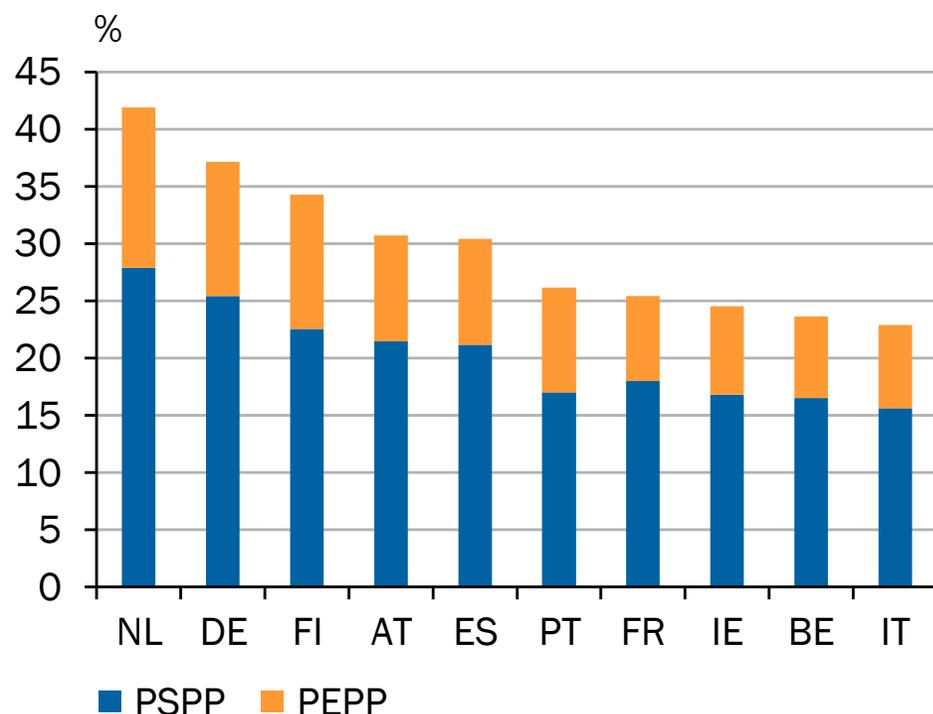
PRODUKTIVITÄT: CORONA-KRISE UND STRUKTURWANDEL

GLOBALER KLIMASCHUTZ: RAHMENBEDINGUNGEN UND HANDLUNGSOPTIONEN

FISKAL- UND GELDPOLITIK NACH DER CORONA-KRISE NORMALISIEREN

MAKROÖKONOMISCHES UMFELD

Die EZB hält einen großen Anteil der gesamtstaatlichen Verschuldung der Mitgliedstaaten im Euro-Raum



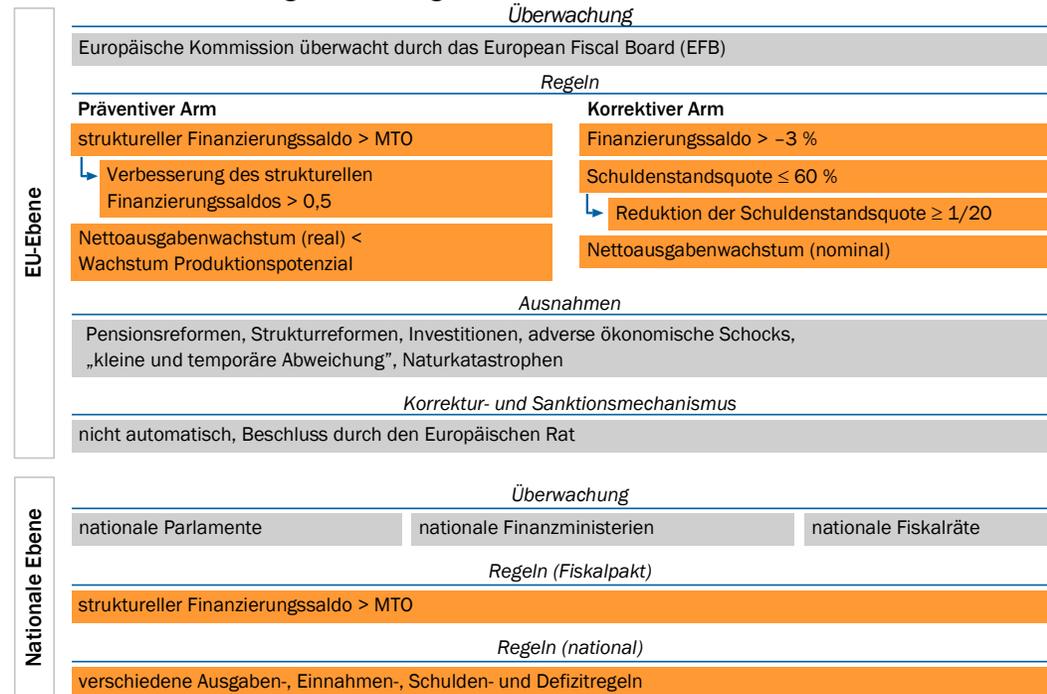
Quellen: Eurostat, EZB, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 21-557

- ↘ Fiskalpolitik sollte wieder normalisiert werden, ohne die wirtschaftliche Erholung zu gefährden
- ↘ Zur Diskussion gestellt: Zwei Vorgehensweisen zur Anwendung sowie möglichen Reformen der europäischen Fiskalregeln
- ↘ Fokus der Geldpolitik auf Preisstabilität: Voraussetzung ist Sicherstellung der Tragfähigkeit der Staatsfinanzen durch Fiskalpolitik
- ↘ Zentralbank sollte zeitnah eine Ausstiegsstrategie kommunizieren

ZWEI UNTERSCHIEDLICHE SICHTWEISEN ZU ANWENDUNG UND REFORM DER EU- FISKALREGELN (II)

Schematische Darstellung der Fiskalregeln für den Euro-Raum

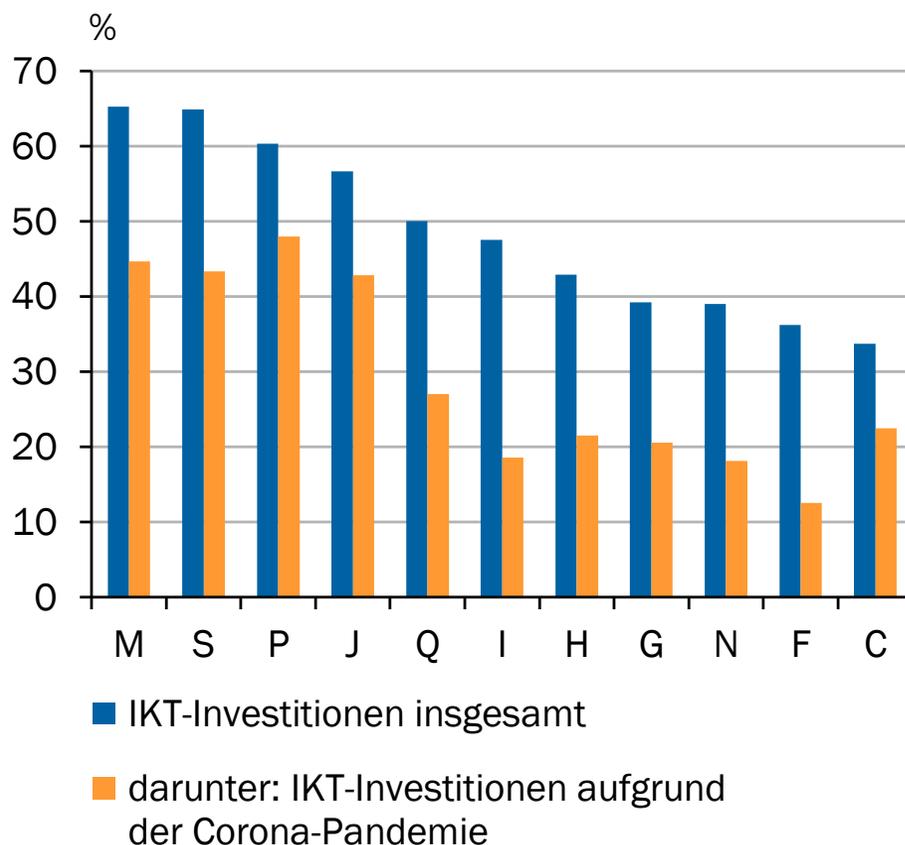


Quellen: Europäische Kommission (2017a), eigene Darstellung
© Sachverständigenrat | 21-431

- Fiskalregeln unbestritten notwendig
- Vorsichtige fiskalische Exit-Strategie – negative Konsequenzen beachten
- Aktuelle Fiskalregeln bergen Risiko einer zu restriktiven Finanzpolitik
- Länderspezifische Zielwerte für Schuldenstandsquote oder Anpassungsgeschwindigkeiten
- Privilegierung investiver Ausgaben

INVESTITIONEN

**Anteil der Unternehmen mit IKT-Investitionen
seit Beginn der Corona-Pandemie**



Quellen: IAB, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 21-391

Beträchtliche Investitionen notwendig

- Wachstumsfreundliche und verlässliche Rahmenbedingungen zentral
- Zielgerichtete öffentliche Investitionen insbesondere in die Infrastruktur
- Öffentliche Investitionen als Hebel, um Anreize für private Investitionen zu setzen

Abbau vielfältiger nicht-monetärer Hemmnisse

- Vereinfachung von Verfahren
- Bündelung von Kapazitäten und Expertise in rechtlich selbständigen Institutionen
- Zur Diskussion gestellt: Zwei Sichtweisen zur Mobilisierung von privaten und öffentlichen Investitionen im Kontext der Schuldenbremse

ZWEI UNTERSCHIEDLICHE SICHTWEISEN ZUR MOBILISIERUNG & FINANZIERUNG VON INVESTITIONEN (II)

- Öffentliche Ausgabenbedarfe nicht objektiv und zweifelsfrei bestimmbar
- Öffentliche Ausgabenbedarfe bis zu einem mittleren zweistelligen Milliardenbereich
- Objektiv richtige Art der Finanzierung nicht bestimmbar, komplexe Kosten-/Nutzenabwägung
- Kurze Frist: weder Steuererhöhung noch Ausgabenkürzung
Mittlere/lange Frist: bedeutende Rolle des Abbaus ökologisch kontraproduktiver Subventionen
- Kreditfinanzierung zukunftsbezogener öffentlicher Ausgaben sinnvoll
 - Verzicht auf Kreditfinanzierung: Anreiz für zu geringe öffentlicher Investitionen
 - Verstärkung der Fehlanreize in Zeiten von Haushaltskonsolidierung

ZWEI UNTERSCHIEDLICHE SICHTWEISEN ZUR MOBILISIERUNG & FINANZIERUNG VON INVESTITIONEN (II)

- Gezielte Privilegierung von investiven Ausgaben innerhalb von Schuldenregeln angezeigt
 - Obergrenzen denkbar um Missbrauch und Tragfähigkeitsproblemen vorzubeugen
- Nicht-finanzielle Hemmnisse und finanzielle Hemmnisse nicht gegeneinander ausspielen
 - Unzureichende Planungskapazitäten im öffentlichen Bereich können in Verbindung gebracht werden mit mangelnder Finanzausstattung in der Vergangenheit
 - Investitionshemmende Wirkung in fiskalisch eingeschränkten Bundesländern
- Langfristige und glaubwürdige Finanzierungsperspektive unerlässlich
- Vorübergehend höhere fiskalische Spielräume
 - zeitliche Streckung und konjunktursensible Gestaltung von Tilgungsplänen
 - Stabilere Schätzung des Produktionspotenzials in Erholungsphasen
 - Schrittweise Rückkehr zur Regelobergrenze
 - Inanspruchnahme der Ausnahmeregelung

ZWEI UNTERSCHIEDLICHE SICHTWEISEN ZUR MOBILISIERUNG & FINANZIERUNG VON INVESTITIONEN (II)

- Gezielte und langfristige Finanzierung mit vorübergehenden Maßnahmen nicht möglich
- Bildung einer Rücklage
 - Glaubwürdiges Signal, wenn man hinreichenden Mitteln befüllt
 - Unsicher inwieweit mit Haushaltsgrundsätzen vereinbar
 - Befüllung per Ausnahmeklausel mit Tilgungspflicht verbunden & erfordert inhaltliche Verbindung
- Rechtlich selbstständige Extrahaushalte
 - Kreditaufnahme nicht von Schuldenbremse erfasst
 - Neugründung öffentl. Investitionsgesellschaften mit spezifischem Themenfokus
 - Eigenkapitalausstattung bestehender öffentl. Unternehmen könnte ausgeweitet werden
- Umfassende und konkrete Strategie zur Gestaltung der Transformation angezeigt
 - Öffentliche Investitionsgesellschaften zur Steuerung & Finanzierung könnten genutzt werden

RÜCKBLICK: STRUKTURWANDEL DES SVR?

Zur Wirtschaftspolitik: Strukturwandel des SVR 2.0?

- Der „alte SVR“: Strukturreformen, Deregulierung, Sozialabbau, Steuersenkungen, Schuldenbremse / klare Ansagen, relativ aggressive Rhetorik
- Ein „neuer SVR“?: Verbindliche freundliche Rhetorik, Betonung von „gemeinsam“, Industrie- und Klimapolitik, Innovationspolitik, Verteilungswirkungen?
- **Das hat sich definitiv im JG 2021/22 fortgesetzt und verstärkt!**
- Klima, Bildung, Betonung von gestalten und Sorge um Benachteiligte, unterschiedliche Positionen

VIELEN DANK FÜR IHRE AUFMERKSAMKEIT.



Besuchen Sie uns im Internet unter:
www.sachverständigenrat-wirtschaft.de

Und folgen Sie uns bei Twitter
[SVR_Wirtschaft](https://twitter.com/SVR_Wirtschaft)

ZWEI UNTERSCHIEDLICHE SICHTWEISEN ZU ANWENDUNG UND REFORM DER EU- FISKALREGELN (I)

Vereinfachung des fiskalischen Rahmenwerks der EU nach Vorschlag des Sachverständigenrates

	Bestehende Regeln	Vorschlag des Sachverständigenrates							
EU-Ebene	Überwachung Europäische Kommission, European Fiscal Board (EFB)	Überwachung unabhängiger EFB, erweiterter ESM							
	Regeln	Regeln							
	<table border="1"> <tr> <th>Präventiver Arm</th> <th>Korrektiver Arm</th> </tr> <tr> <td>struktureller Finanzierungssaldo \geq MTO Verbesserung des strukturellen Finanzierungssaldos $> 0,5$</td> <td>Finanzierungssaldo $\geq 3\%$ Schuldenstandsquote $\leq 60\%$ Reduktion der Schuldenstandsquote $\geq 1/20$</td> </tr> <tr> <td>Nettoausgabenwachstum (real) $<$ Wachstum Produktionspotenzial</td> <td>Nettoausgabenwachstum (nominal)</td> </tr> </table>	Präventiver Arm	Korrektiver Arm	struktureller Finanzierungssaldo \geq MTO Verbesserung des strukturellen Finanzierungssaldos $> 0,5$	Finanzierungssaldo $\geq 3\%$ Schuldenstandsquote $\leq 60\%$ Reduktion der Schuldenstandsquote $\geq 1/20$	Nettoausgabenwachstum (real) $<$ Wachstum Produktionspotenzial	Nettoausgabenwachstum (nominal)	<table border="1"> <tr> <td>struktureller Finanzierungssaldo $> -0,5\%$ Begrenzung des Ausgabenwachstums abzüglich der Ausgaben für Zinsen und Arbeitslosigkeit, abhängig vom Grad der Überschreitung der Obergrenze für den Schuldenstand (60%)</td> </tr> </table>	struktureller Finanzierungssaldo $> -0,5\%$ Begrenzung des Ausgabenwachstums abzüglich der Ausgaben für Zinsen und Arbeitslosigkeit, abhängig vom Grad der Überschreitung der Obergrenze für den Schuldenstand (60%)
	Präventiver Arm	Korrektiver Arm							
struktureller Finanzierungssaldo \geq MTO Verbesserung des strukturellen Finanzierungssaldos $> 0,5$	Finanzierungssaldo $\geq 3\%$ Schuldenstandsquote $\leq 60\%$ Reduktion der Schuldenstandsquote $\geq 1/20$								
Nettoausgabenwachstum (real) $<$ Wachstum Produktionspotenzial	Nettoausgabenwachstum (nominal)								
struktureller Finanzierungssaldo $> -0,5\%$ Begrenzung des Ausgabenwachstums abzüglich der Ausgaben für Zinsen und Arbeitslosigkeit, abhängig vom Grad der Überschreitung der Obergrenze für den Schuldenstand (60%)									
Ausnahmen Pensionsreformen, Strukturereformen, Investitionen, adverse ökonomische Schocks, „kleine und temporäre Abweichung“, Naturkatastrophen	Ausnahmen außergewöhnliche schwere Rezession oder Naturkatastrophen								
Korrektur- und Sanktionsmechanismus nicht automatisch, Beschluss durch den Europäischen Rat	Korrektur- und Sanktionsmechanismus automatische Feststellung durch unabhängigen EFB oder erweiterten ESM								
Nationale Ebene	Überwachung nationale Parlamente, nationale Finanzministerien, nationale Fiskalräte	Überwachung nationale Fiskalräte							
	Regeln (Fiskalpakt) struktureller Finanzierungssaldo $> MTO$	Regeln (Fiskalpakt) wie auf EU-Ebene							
	Regeln (national) verschiedene nationale Fiskalregeln für Gesamt- oder Zentralstaat	Regeln (national) unverändert							

Quelle: Europäische Kommission, eigene Darstellung
© Sachverständigenrat | 21-561

- Vorkrisenniveau des BIP bereits 2021 wieder erreicht
- Einhaltung der EU-Fiskalregeln möglich
- EU-Kommission ist flexibel in der Anwendung der Fiskalregeln
- Allgemeine Ausnahmeklausel spätestens ab 2023 nicht mehr anwenden
- Reform der Fiskalregeln sollte auf Ausgaberegeln abstellen
- 60%-Regel beibehalten, 1/20-Regel evtl. lockern (im Kontext einer Ausgabenregel)

ZWEI UNTERSCHIEDLICHE SICHTWEISEN ZUR MOBILISIERUNG & FINANZIERUNG VON INVESTITIONEN (I)

Studien zu Schätzungen des Investitionsbedarfs in Deutschland und der EU

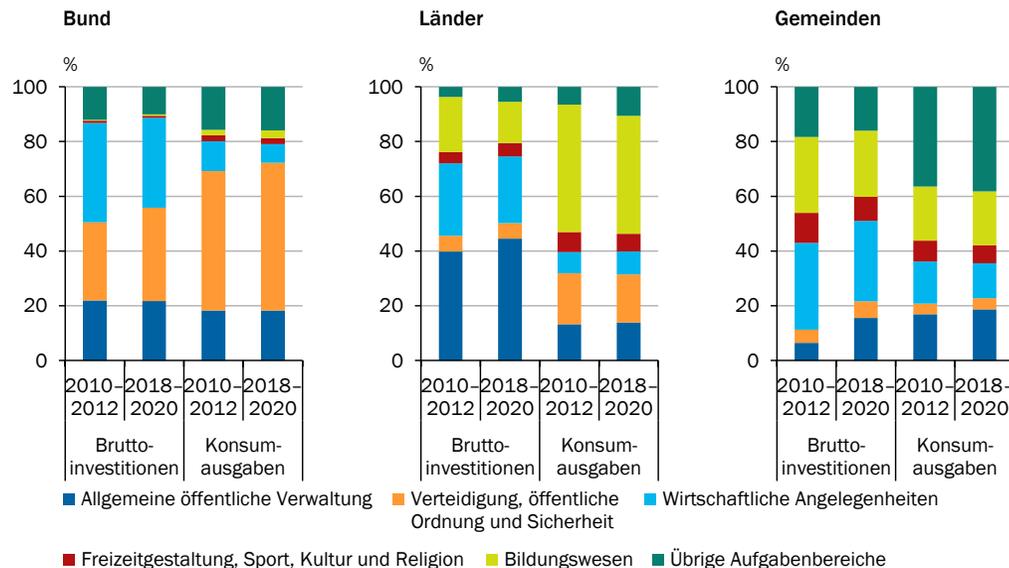
Studie	Bereiche	Zeitraum	Sektor	Investitionsbedarf über gesamten Zeitraum		Investitionsbedarf pro Jahr	
				insgesamt	darunter: zusätzlicher Investitionsbedarf	insgesamt	darunter: zusätzlicher Investitionsbedarf
Mrd Euro							
Deutschland							
McKinsey (2021)	Klima	2021-2045	Öffentlich und Privat	6 000	1 000	240	40
BCG (2021) i. A. des BDI	Klima	2021-2030	Öffentlich und Privat	860	560	100	
Krebs und Steitz (2021)	Klima	2021-2030	Öffentlich		460		46
Prognos et al. (2021b) i. A. KfW	Klima	2020-2050	Öffentlich und Privat	5 000	1 900	191	72
Prognos et al. (2021a) i. A. BMWi	Klima	2020-2050	Öffentlich und Privat		1 404		45
Bardt et al. (2019)	Infrastruktur auf kommunaler Ebene	2020-2029	Öffentlich		158		45
	Bildung				109		
	Wohnungsbau				15		
	Überregionale Infrastruktur				158		
	Dekarbonisierung				75		
Krebs und Scheffel (2017)	Bildung und Betreuung	Dauerhafte Erhöhung	Öffentlich				10,4
	Wohnungsbau						5
	Infrastruktur						5
Europäische Union							
McKinsey (2020)	Klima	2021-2050	Öffentlich und Privat	28 000	5 400	980	180
Europäische Kommission (2020)	Energiesektor	bis 2030	Öffentlich und Privat			1 040	90
McCollum et al. (2018)	Energiesektor	2016-2050	Öffentlich und Privat			302	119

- Beträchtliche private wie öffentliche Investitionen für Transformation erforderlich
- Heterogene Abschätzungen zu Bedarfen
Häufig keine Differenzierung öffentlich/privat
- Bedarf an öffentlichen wesentlich von Rahmenbedingungen abhängen, z.B. Co₂-Preis
- Öffentl. Investitionsbedarf nicht direkt ableitbar
- Zentrale Aufgabe des Staates: koordinierende Aktivität und günstiges Umfeld f. priv. Investitionen
- Hebelwirkung durch komplementäre öffentliche Investitionen, keine Verdrängung priv. Investitionen
- Bedeutende Rolle privater Investitionen für gesamte Investitionstätigkeit (Anteil 89%)

ZWEI UNTERSCHIEDLICHE SICHTWEISEN ZUR MOBILISIERUNG & FINANZIERUNG VON INVESTITIONEN (I)

- Steigende öffentliche Investitionen seit 2014
- Schuldenbremse als limitierender Faktor nicht erkennbar
- Nicht monetäre Hemmnisse von Bedeutung
- Privilegierung von öffentl. Investitionen bedarf eindeutiger Definition & Abgrenzung
- Politökonomische Fehlanreize Forderungen nach gegenwartsbezogenen Ausgaben nachzugeben
- Regionale Bevorzugung und Umsetzung unrentabler Vorhaben

Bruttoinvestitionen und Konsumausgaben des Staates nach Aufgabenbereichen und staatlichen Teilsektoren



Quellen: Statistische Bundesamt, eigene Berechnungen
© Sachverständigenrat | 21-559

ZWEI UNTERSCHIEDLICHE SICHTWEISEN ZUR MOBILISIERUNG & FINANZIERUNG VON INVESTITIONEN (I)

- Umfang der öffentlichen Investitionen nicht als Indikator für Zielerreichung ansehen
- Spielraum durch Priorisierung von Aufgaben und Ausgaben schaffen
- Durch Budgetbeschränkung gezwungen Abwägung zwischen gegenwarts- und zukunftsorientierten Ausgaben heute zu tätigen und Zielkonflikte transparent zu machen
- Abgrenzung von Ausgabenprioritäten nicht notwendigerweise pauschalt entlang VGR-Kategorien
- Identifikation zukunftsorientierter Ausgaben in regelmäßigen Abständen Ergebnis eines transparenten, öffentlichen Analyse- und Diskussionsprozesses
- Fundierte und verpflichtende Kontrolle sowie transparente Evaluierung von Vorhaben stärken, Ausweitung von Spending Reviews oder Best-Practice Beispiele

ZWEI UNTERSCHIEDLICHE SICHTWEISEN ZUR MOBILISIERUNG & FINANZIERUNG VON INVESTITIONEN (I)

- Schuldenbremse hat notwendige Flexibilität in Krisenzeiten geboten
- Nach aktuellen Prognosen: Rückkehr zu Regelgrenzen im Jahr 2023
- Übergang derart zu gestalten, sodass Erholung nicht gebremst wird
- Zahlreiche Vorschläge wie weitere Schuldenfinanzierung von öffentl. Investitionen bei geltender Schuldenbremse ermöglicht werden könnte
- Dabei zu beachtende Kriterien:
 - Finanzierung nicht außerhalb der Schuldenbremse
 - Budgethoheit und direkte Kontrolle durch Parlamente ist zu wahren
 - Zusätzlichkeit der finanzierten Investitionen sicherstellen
- Gezielte Verbesserungen der Schuldenbremse, z.B. Institutionalisierung der Übergangsphase, denkbar